

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Verpflichtung zur Kleinfamilie

Die Regierung in Neu Delhi hat einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der vorsieht, daß Parlamentsabgeordnete, die mehr als zwei Kinder haben, ihren Sitz im Parlament aufgeben müssen. Ziel sei es, die Politik zur Durchsetzung der Kleinfamilie als 'Norm' glaubwürdiger zu machen. Der Gesetzesvorschlag beruht auf Empfehlungen des 'National Development Committee on Population'. Von dem Gesetz sind zunächst diejenigen nicht betroffen, die zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung bzw. im darauffolgenden Jahr mehr als zwei Kinder haben. Vorgesehen ist auch, daß die Freigabe von Kindern zur Adoption nicht helfe, der 'Entlassung' aus dem Parlament zu entgehen. Die Förderung und Annahme der Kleinfamilie als Norm soll nach Vorstellungen des Gesetzgebers zukünftig zu den 'Fundamental Duties', den grundlegenden Pflichten, gehören.

Ausverkauf öffentlicher Unternehmen geht weiter

Durch den Verkauf von Anteilen an zwölf öffentlichen Unternehmen hat die Regierung in einer weiteren Runde ihrer 'disinvestment' Politik noch einmal 310 Millionen Rupien (1 DM ca. 18 Rupien) eingenommen. Damit wurden bisher Unternehmensanteile in einem Gesamtwert von knapp 20 Milliarden Rupien verkauft. Weitere Verkäufe sind geplant, da der Haushalt für das Finanzjahr Einnahmen aus solchen Verkäufen in einer Höhe von 35 Milliarden Rupien vorsieht.

Deutsche Parlamentsdelegation für Fortsetzung des Narmadaprojektes

Eine kleine Gruppe deutscher Parlamentsabgeordneter besuchte im Dezember Indien. Sie betonte das große Interesse der deutschen Industrie, in Indien zu investieren. Da die meisten Investitionsentscheidungen sehr langfristig ange-

legt seien, bedeuteten die gegenwärtigen innenpolitischen Probleme, die sich aus der Zerstörung der Moschee in Ayodhya ergeben hätten, kein großes Hindernis. Zwar würden Investoren solche Unsicherheitsfaktoren immer in ihre Entscheidungen einbeziehen, doch sei ihnen von Regierungskreisen in Delhi versichert worden, daß die derzeitige Krise schnell behoben sein werde. Darüber hinaus weigerten sie sich, zur aktuellen politischen Situation Indiens Stellung zu nehmen, da es sich ausschließlich um "innere Angelegenheiten" Indiens handeln würde.

Bei einem Treffen mit Vertretern des Ministeriums für Wasserressourcen "bekamen wir einen umfassenden Einblick in das Narmada Projekt. Wir haben eine Reihe nützlicher Informationen über das Projekt erhalten, die wir an das Entwicklungsministerium in Deutschland weiterleiten werden. Wir sind der festen Überzeugung, daß das Narmada Projekt fortgeführt werden muß."

Unterdessen erklärte der Direktor der Deutsch-Indischen Handelskammer in Bombay, Krüger, daß die Vorkommnisse von Ayodhya keinen Einfluß auf das Interesse deutscher Unternehmer habe, in Indien zu investieren. Bestätigt würde dies durch die vielen Anfragen deutscher Firmen, die noch immer ihr Interesse bekunden, an der 'Indian Engineering Trade Fair' (IETF) im Februar in Delhi teilzunehmen. Krüger wird in der indischen Presse mit der Aussage zitiert, die deutsche Industrie sei durch einige unbedeutende "ups and downs" nicht berührt. "Es geschieht heutzutage soviel in der Welt. Somalia zum Beispiel. Die Deutschen zeigen angesichts solcher Ereignisse keine Überreaktionen. Diejenige, die ihr Vertrauen in die neue Wirtschaftspolitik Indiens setzen, stören sich nicht an solchen kurzfristigen Ereignissen." Ein wenig unglücklich, so Krüger, sei allerdings der Zeitpunkt des Streiks bei Indian Airlines, durch den einige Geschäftsleute daran gehindert werden könnten, die Messe zu be-

suchen oder an ihr teilzunehmen. Deutschland ist der Partner der Ausstellung, die am 14 Februar in Delhi eröffnet wird.

Bericht über Gandhi Mord vorgelegt

Richter Jagdish Sharan Verma, der mit der Untersuchung des Mordes an Rajiv Gandhi beauftragt war, hat einen vernichtenden Bericht über die Ereignisse vorgelegt, die zum Mord an Gandhi führten. Der Bericht weist auf eine Reihe von Fehlern und Nachlässigkeiten der Sicherheitskräfte hin, beschuldigt aber auch die damalige Zentralregierung der Untätigkeit und wirft den Parteifreunden Gandhis vor, zu eifrig auf ihr Wohl bedacht gewesen zu sein, und sich nicht um die Sicherheit ihres 'Führers' gekümmert zu haben. Über diese Vorwürfe hinaus deutet Verma in seinem Bericht an, es sei Beweismaterial zu dem Attentat vernichtet worden. Die damalige Zentralregierung in Delhi unter V.P.Singh wird beschuldigt, den Personenschutz für Gandhi zu früh abgezogen zu haben. Während ein Komitee noch Anfang Dezember 1990 empfohlen habe, den Schutz für Gandhi vorerst weiter bestehen zu lassen, sei er durch die Zentralregierung frühzeitig abgezogen worden.

Je näher die Wahlen rückten, um so nachdrücklicher wies das 'Intelligence Bureau' (IB) auf die Gefährdung Gandhis hin. So warnte das Büro im April 1991 vor Anschlägen durch die LTTE, am 18. Mai, nur drei Tage vor der Wahlkampfveranstaltung in Sriperumbudur, wies das Büro darauf hin, daß während einer solchen Veranstaltung ein Mordanschlag auf Gandhi verübt werden könnte, Blumensträuße und -gebilde seien von der Polizei sorgfältig zu prüfen.

Verma weigert sich, die Polizeiversion der Vorfälle anzuerkennen wonach die Attentäterin zu einer Gruppe von Frauen gehört habe, die den Polizeikordon durchbrochen hätten und im Begriff waren, von der Polizei zurückgedrängt zu werden, als Gandhi die Frau zu sich

gewinkt habe. Verma zufolge hätte Gandhi keine Möglichkeit gehabt, die Frau zu bemerken, wenn sie sich wirklich außerhalb des Polizeikordons befunden hätte. Stattdessen würden Photos vom Tatort belegen, daß Frauen nur sehr oberflächlich überprüft wurden und Gandhis Mörderin ungehindert zu ihm gelangen konnte.

Ein Videoband, so der Hauptvorwurf Vermas, das am Ort des Geschehens gedreht worden war, sei nachträglich manipuliert worden. Hatte es noch einen Tag nach dem Attentat geheißt, das Videoband würde zur Identifizierung der Täter herangezogen, sei dieser Teil der Kassette inzwischen auf mysteriöse Weise gelöscht worden.

Der Bericht Vermas, der infolge der Ereignisse um Ayodhya kaum Beachtung fand, findet bisher keine Zustimmung. Dies liegt möglicherweise auch daran, daß er aufzeigt, daß jeder für das Geschehen ein wenig mitverantwortlich ist.

Die Hälfte der Armen lebt in Süd-asien

Dem neuen Weltbankatlas zufolge leben mehr als die Hälfte der Armen dieser Welt in Indien und anderen südasiatischen Ländern. Für Indien gibt der Atlas eine Bevölkerungszahl von 865 Millionen im letzten Jahr an. Die Bevölkerungswachstumsrate betrug zwischen 1980 und 1991 2,1 Prozent. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt, so der Atlas, bei 59 Jahren und die Analphabetenrate bei 52 Prozent. 1989 betrug das tägliche Kalorienangebot 2.229.

Umfassende Kabinettsumbildung

Premierminister Rao hat mit der Entlassung und Neubesetzung von 14 Ministerposten eine umfassende Regierungsumbildung vorgenommen. Neben dem Gesundheitsminister, der als einziges Kabinettsmitglied seinen Posten verlor, wurden die Posten von zehn 'Ministers of State' und zwei 'Deputy Minister' neu besetzt. Neu im Kabinett sind Pranab Mukherjee, der voraussichtlich das Ministerium für Wirtschaft und Industrie übernehmen wird und Dinesh Singh, der wahrscheinlich das Außenministerium übernimmt. Da die Verteilung der verschiedenen Geschäftsbereiche noch nicht geklärt ist, steht auch noch nicht endgültig fest, welche Ressorts die beiden anderen neuen Minister, N.K.P. Salve und A.K. Antony

übernehmen werden. Mit diesem drastischen Schritt hat Rao, so Beobachter, seine Führungsposition und Stärke demonstriert. Es gehe dem indischen Regierungschef um die Wiederherstellung seiner Glaubwürdigkeit als tatkräftiger und handlungsfähiger Politiker, nachdem ihm im Zusammenhang mit den Geschehnissen um Ayodhya Untätigkeit vorgeworfen worden war.

Mit den vier wichtigsten Neubesetzungen holt Rao Männer in seine Regierungsmannschaft, die über einen reichen Erfahrungsschatz in der Administration verfügen. Dinesh Singh gehörte schon den Kabinetten Indira und Rajiv Gandhis an, wo er Erfahrungen im Außenministerium sammeln konnte. Auch Mukherjee war unter Indira Gandhi schon einmal Minister, genau wie Salve, der schon in den Ministerien für Stahl und Rundfunk tätig war. Neu auf der Ebene der Zentralregierung ist Antony, der jedoch in der Vergangenheit 'Chief Minister' im Bundesstaat Kerala war.

Sikhs demonstrieren in Berlin

Am 26. Januar wurde anlässlich des indischen 'Republic Day' in Berlin demonstriert. In einer Presseerklärung des 'Sikh Informations- und Kulturzentrums' in Berlin heißt es anlässlich der von dieser Organisation durchgeführten Protestdemonstration: "Die jüngsten Ereignisse in Indien haben wieder einmal den Schleier hinter der 'größten Demokratie' aufgedeckt und die brutale Realität indischen Alltags sichtbar gemacht. Es hat sich gezeigt, daß die indische Regierung weder in der Lage noch gewillt ist, den verschiedenen ethnischen, religiösen oder nationalen Minderheiten im Land, Schutz und Gleichberechtigung zu bieten.

Am 6. Dezember 1992 wurde die 430 Jahre alte Babri Moschee in Ayodhya zerstört. Daraufhin feierten die Hindus überall im Land ihr kleines Ayodhya und zerstörten Hunderte anderer Moscheen. Die fanatisierten Mengen verbrannten und zerhackten unschuldige Menschen... Allein in Bombay gab es über 500 Tote, wo diese Ausschreitungen über acht Tage anhielten. Die sogenannten Sicherheitskräfte haben nicht nur tatenlos zugeguckt, sondern sich ihrerseits an den Übergriffen beteiligt.

Wir Sikhs sind der Tatsache allzu bewußt, daß die fundamentalen Rechte auf Leben, Freiheit und Eigentum unter dieser Verfassung mit

Füßen getreten werden. Die indische Verfassung erlaubt es, daß demokratisch gewählte Regierungen einzelner Bundesstaaten für abgesetzt erklärt werden. Es gehört zu der täglichen Routine in Punjab, Kashmir und anderen Teilen des Landes, daß junge Männer bei inszenierten Zusammenstößen mit der Polizei kaltblütig erschossen werden. Tausende sitzen in Folterkammern ohne die geringste Chance eines fairen Gerichtsverfahrens. Sikh Politiker werden immer wieder verhaftet, damit sie an wichtigen Kundgebungen und Versammlungen nicht teilnehmen können. Menschenrechtler, Anwälte, Schriftsteller und Journalisten werden durch Drohungen, Festnahmen, Folter und manchmal sogar durch Ermordung zum schweigen gebracht. Die 'Sicherheitskräfte' terrorisieren die Menschen, um sie einzuschüchtern und zu demoralisieren. Auf dem Höhepunkt der Unterdrückung wurde von indischen Truppen 1984 nicht nur unser wichtigstes Heiligtum (Goldener Tempel) zerstört, sondern nach der Besetzung die Sikh Handbibliothek verbrannt. Der Überfall wurde zu einem Zeitpunkt ausgeführt, als sich tausende Pilger in dem Komplex befanden. Über 4.000 Menschen, darunter auch Frauen und Kinder, kamen dabei ums Leben. Im gleichen Jahr wurden von ranghohen 'Congress'-Politikern Pogrome gegen die Sikhs in Delhi organisiert und durchgeführt (als Reaktion auf die Ermordung von Indira Gandhi, d.Red.). Obwohl mehrere unabhängige Untersuchungen die Urheber namentlich benannten, wurde bis jetzt niemand zur Verantwortung gezogen... Je weniger die Regierenden in Delhi in der Lage sind, die gigantischen sozialen, ökonomischen und politischen Probleme zu lösen, desto mehr setzen sie auf das riesige und bestens ausgerüstete Militär und den Polizeiapparat. ... Der sich seit Jahren verstärkende Homogenisierungsdruck auf eine nationale (Hindu) Identität stößt verständlicherweise immer mehr auf Widerstand bei den verschiedenen religiösen, ethnischen und nationalen Minderheiten, die ihre Rechte und Identität in Gefahr sehen."

"Aktion freundlicher Teppich"

Sie sind zu haben: handgeknüpfte Teppiche aus Indien, die nicht von Kinderhand hergestellt wurden. Im Rahmen einer breit angelegten Initiative gegen die Tätigkeit von Kin-

dern unter vierzehn Jahren in der indischen Teppichindustrie ('Süd-asien' berichtete, z.B. in der Ausgabe 8-9/90) ist es gelungen, zum verstärkten Abbau von Kinderarbeit beizutragen. Diese Initiative wird von nationalen indischen und internationalen Entwicklungsorganisationen wie Brot für die Welt, Misereor, Handelsförderungsorganisationen, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie dem Indisch-Deutschen Exportförderungsprojekt IGEP (von der GTZ geför-

In immer breiteren Kreisen setzt sich die Einsicht durch, daß wirtschaftlicher Erfolg nicht im Widerspruch zu einer sozial verantwortlichen Herstellungspraxis steht. Ganz im Gegenteil: In Zukunft wird internationaler Markterfolg immer mehr davon abhängen, inwieweit die Arbeitsbedingungen, unter denen ein Produkt entstanden ist, allgemein anerkannten, sozialen oder ökologischen Grundsätzen entsprechen.

Teppiche ohne Kinderarbeit herzustellen, ist eine Sache. Eine an-

malen und juristischen Voraussetzungen werden derzeit geschaffen, die notwendige Infrastruktur für das Kontroll- und Überprüfungssystem ist im Aufbau begriffen.

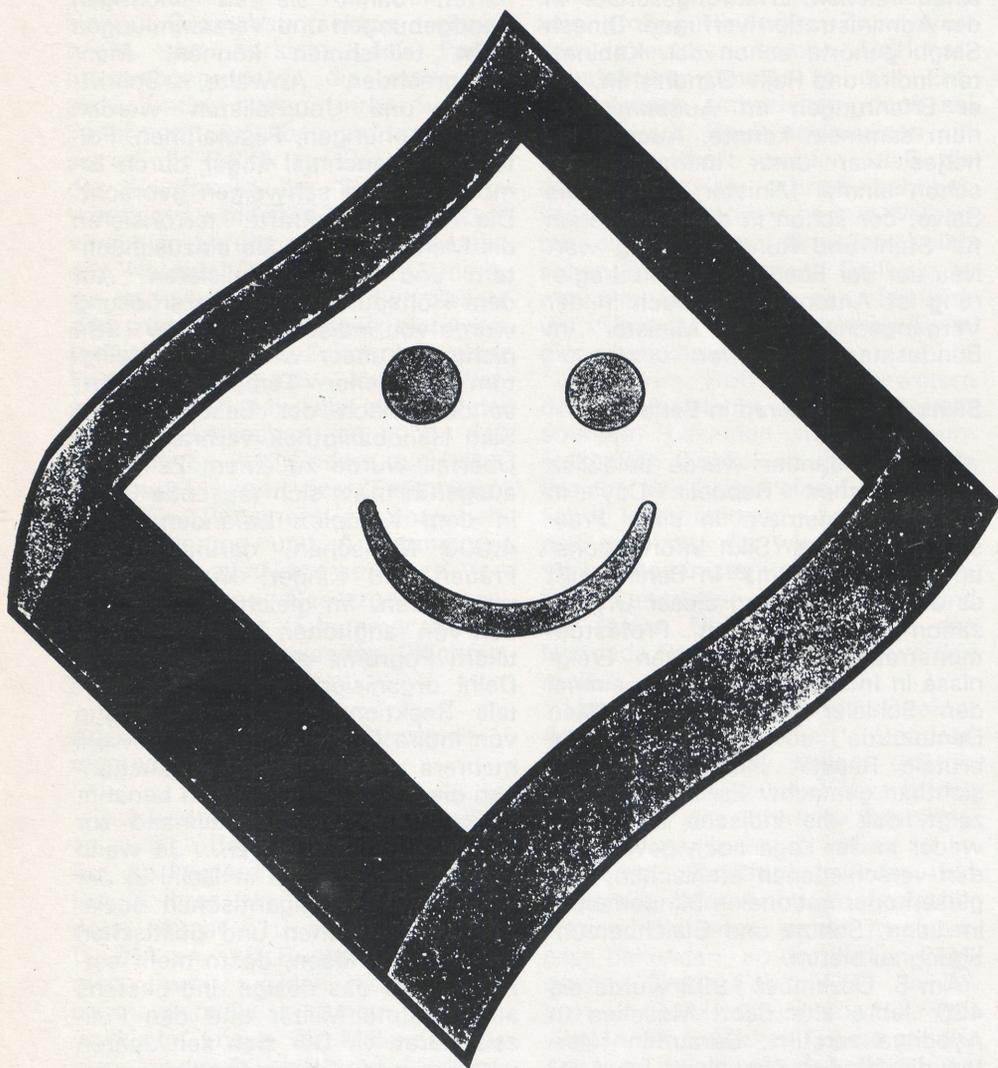
In den kommenden Monaten wird mit der Einführung eines Warenzeichens "Aktion freundlicher Teppich" für Teppiche ohne Kinderarbeit begonnen. Die Initiatoren hoffen auf breite Unterstützung der Aktion durch den deutschen, europäischen und amerikanischen Teppichhandel.

Kohl nach Indien

Helmut Kohl wird ab 18. Februar Indien einen fünftägigen Besuch abstatten. Während seines Aufenthaltes wird der Bundeskanzler vom indischen Präsidenten Shankar Dayal Sharma mit dem 'Jawaharlal Nehru Award' ausgezeichnet. Wie offiziell verlautete, sollen damit seine Verdienste im Rahmen der "Förderung des internationalen Verständnisses" gewürdigt werden.

Jeltsin in Indien

Während eines Besuchs des russischen Präsidenten Boris Jelzin Ende Januar in Indien, wurde neben einem neuen Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Staaten auch ein Verteidigungsabkommen unterzeichnet. Die Verabschiedung einer Vereinbarung über einen neuen Wechselkurs zwischen indischer Rupie und dem russischen Rubel sowie zur Festlegung des indischen Schuldenbetrags gegenüber Rußland, wurde kurzfristig verschoben. Jelzin wies bei seinem dreitägigen Besuch darauf hin, daß ideologische Überlegungen in der Außenpolitik nach dem Ende des kalten Krieges immer mehr an Bedeutung verlieren und drängte Indien, seine Beziehungen zu seinen Nachbarn China und Pakistan zu verbessern. "Gute nachbarschaftliche Beziehungen und gegenseitiges Vertrauen zwischen den drei größten Nationen der Erde, China, Indien und Rußland, könnten zu einem wichtigen Stabilitätsfaktor nicht nur in Asien, sondern weltweit werden," betonte Jelzin. Rußland werde alles in seiner Macht stehende tun, um zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Indien und seinem Erzfeind Pakistan beizutragen. Während Indien jedoch weiterhin mit der Lieferung von konventionellen Waffen aus Rußland rechnen kann, lehnte Jelzin russische Waffenexporte nach



dert) und nicht zuletzt in immer stärkerem Maße indischen Teppichunternehmen getragen.

In Mirzapur, einem Zentrum der indischen Teppichindustrie, hat sich eine Vereinigung von mittlerweile mehr als 50 mittelständischen Teppichunternehmen formiert, die sich verpflichtet haben, gänzlich auf den Einsatz von Kindern bei der Teppichherstellung zu verzichten. Inzwischen konnte auch die Mitarbeit führender indischer Teppichexportunternehmen gewonnen werden.

dere ist die wirksame Überprüfung und Kontrolle der Unternehmen und Herstellungsbedingungen. Hier sind große Schritte in die richtige Richtung getan. Bereits heute lassen sich mehr als 500 Betriebe, freiwillig und ohne Vorankündigung, von Inspektoren kontrollieren, die im Namen von Entwicklungsorganisationen arbeiten. Maßnahmen zur Einführung eines Warenzeichens, das die Herstellung von Teppichen ohne Kinderarbeit garantiert, sind eingeleitet. Die erforderlichen for-

Pakistan kategorisch ab. Rußland, das selbst mit religiösen und secessionistischen Problemen kämpft, unterstützt jedoch ausdrücklich die indische Haltung zu Kashmir, das ein integraler Bestandteil der indischen Union sei.

Ziel des kurzfristig verschobenen Finanzabkommens ist die Festlegung eines neuen Rubelkurses, der seit 1978 bei 31 Rupien zu einem Rubel liegt. Indien strebt einen neuen Kurs von 20 zu 1 an, da die Berechnung der Schuldenhöhe Indiens noch auf dem alten Kurs beruht. Die Weltbank schätzt die Höhe der Schulden Indiens gegenüber Rußland auf 16 Milliarden US-Dollar, die durch das angestrebte Abkommen etwa um ein Drittel reduziert werden könnten.

Jelzin konnte keine Zusagen über russische Lieferungen von Öl machen, die ein Hauptbestandteil der russischen Exporte nach Indien sind. Ein großer Teil des von Rußland an Indien gelieferten Öls stammte aus dem Irak, weshalb nach der Verhängung des Handelsembargos die Ölimporte Indiens aus Rußland im letzten Jahr um drei Millionen Tonnen zurückgingen. Jelzin gab sich dennoch optimistisch, das Handelsvolumen beider Länder könne aufgrund der geplanten Vereinbarungen bis 1994 auf über 3,5 Milliarden US-Dollar steigen (1992 betrug das Handelsvolumen knapp 1,5 Milliarden).

Abenteuertourismus in Indien

Mit Blick auf die wachsenden Zahlen ausländischer und einheimischer Touristen hat die Regierung Uttar Pradesh Pläne entwickelt, in der 'Uttaranchal Region' Möglichkeiten für Abenteuertourismus zu fördern. Die Uttaranchal Region gehört mit den Gebieten um Kullu und Manali in Himachal Pradesh zu den Regionen, die neben Goa, den Andamanen und den Nicobaren im achten Fünfjahresplan der indischen Zentralregierung für die Förderung des Abenteuertourismus vorgesehen sind. Nach offiziellen Statistiken ist die Zahl der Touristen in Uttar Pradesh im letzten Jahr um 10 bis 15 Prozent gestiegen. Als Beispiel für die neuen Projekte wird Auli im Garhwal Himalaya genannt, das in den letzten Jahren zu einem internationalen Skizentrum ausgebaut worden sei. Andere Beispiele für die Art des zu fördernden Tourismus sind Drachenfliegen und Wildfasserrafting - Aktivitäten, die

in einigen Orten der Region seit kurzem möglich sind.

Krisenregion Nordost

Es sind nicht nur der Punjab oder Kashmir, die zu den Unruhegebieten Indiens zählen. Ein Anschlag in der Nähe von Mahur in Assams nördlichem Cachar Hills Distrikt hat einmal mehr auf die auch im Osten des Landes weiterhin instabile Situation aufmerksam gemacht. Bei dem Anschlag kamen 15 Sicherheitskräften um Leben, davon 14 Jawans (Soldaten) der Grenzschutztruppen ('Border Security Force', BSP). Der Anschlag hat den Sicherheitsbehörden wieder einmal vor Augen geführt, daß der 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN), angeführt von T. Muivah und I. Chissi Swe, die größte und schlagkräftigste Guerilla Gruppe der gesamten nordöstlichen Region Indiens ist. Innerhalb der letzten Monate wurden bei sieben Anschlägen des NSCN 28 Sicherheitskräfte verletzt und über 50 getötet. Dabei hatte der NSCN keine nennenswerten Verluste seinerseits zu beklagen. Dies zeigt seine militärische Schlagkraft.

Die Zentralregierung in Delhi ist bestürzt über diese starke Zunahme der Guerillaaktivitäten in der Region, die jetzt selbst auf die früher sicheren Bundesstaaten Arunachal Pradesh und Meghalaya übergreifen haben. Die Entsendung des Innenministers in die Nord-Ost Bundesstaaten war sicherlich eine Reaktion darauf. Informationen zufolge zieht die Regierung jetzt in Betracht, noch mehr Spezialeinheiten in die gefährdeten Regionen zu entsenden, um die Aufstände zu bekämpfen.

Die Unfähigkeit der Sicherheitskräfte, gegen die Untergrundbewegungen vorzugehen, ist ein Hauptärgernis in Delhi. Daraufhin wurde ein Treffen der Geheimdienstchefs der Nord-Ost Region in der Unionshauptstadt abgehalten. Der NSCN wurde dabei zum erstenmal als die Hauptgefahr in der Region ausgemacht, und zwar nicht nur auf Nagaland beschränkt, sondern für den gesamten Nordosten. Um mit der neuen Herausforderung fertig zu werden, wurden auf dem Treffen mehrere Konzepte für eine wirkungsvollere Antiguerrillastrategie beraten.

Auch hohe Offiziere der paramilitärischen Einheiten und der Armee sind von der plötzlichen Stärke des NSCN und der Größe

seines Operationsgebietes überrascht. Zur Zeit wird die Stärke des NSCN auf 3.000 bis 3.500 Guerrillas geschätzt. Bisher war ihr Operationsgebiet entlang der Nagaland-Manipur Grenze und in den Distrikten Dimapur, Kohima, Wokha, Zunmhebot und Phek in Nagaland sowie Thoubal und Ukhrul in Manipur. Ein Großteil der Kader wird dabei von zwei Stämmen der Region rekrutiert: den Sema im Bundesstaat Nagaland und den Tankuls im Bundesstaat Manipur.

Durch ein Bündnis mit dem 'United Liberation Movement for Arunachal Pradesh' (ULMA) hat der NSCN seit kurzem sein Operationsgebiet bis nach Arunachal Pradesh ausgedehnt. Die Folgen sind Erpressungen großen Stils und Entführungen von Sägewerksbesitzern in den Bezirken Lohit, Tirap und Sbonsari. In Mizoram sind gute Beziehungen mit der 'Hmar People's Convention' (HPC) aufgebaut. Dies ermöglicht dem NSCN weitere Einnahmequellen (zum Beispiel durch Überfälle) und verschafft ihm eine Art Sicherheitsgebiet in den Hamar Gebieten von Nord-Mizoram und Haflong, den nördlichen Cacharbergen in Assam und im Distrikt Churachandpur in Manipur auf dem Weg zu den Ausbildungscamps des NSCN in den Chittagong Hill Tracts im südöstlichen Bangladesch. Weiter verschafft die Verbindung mit der 'Bodo Security Force' dem NSCN Zugang zur buthanischen Grenze durch die Darrak und Sonitpur Distrikte Assams.

Zwei weitere entstehende Guerillagruppen im Osten Indiens sind die 'Meghalaya United Liberation Army' (MULA) aus den Khasi Bergen und die 'Aching Liberation Magrik Army' (ALMA) von den Garo Bergen. Sie erhalten logistische Unterstützung und eine Militärausbildung durch den NSCN. Nach Geheimdienstangaben bekommen zur Zeit 23 ALMA Kader eine Ausbildung in der Nähe von Kohima.

Die Festnahme des NSCN Kadern Hikato Sema in Tripura im Juli letzten Jahres bestätigt diese Verbindung. Ebenso enthüllte die Festnahme eines weiteren Kadern in Agartalla im gleichen Monat, daß die 'National Liberation Front of Tripura' (NLFT) versucht, Waffen und Ausrüstung über den NSCN aus Bangladesch zu bekommen.

Für noch mehr Zündstoff sorgt offensichtliche Bereitschaft der Armee Bangladeschs, alle militanten Gruppen der Region auszubilden. Es

gibt bestätigte Berichte, daß hochrangige Offiziere, mit oder ohne Wissen der Khaleda Zia Regierung, versuchen, die verschiedenen ULFA ('United Liberation Front of Asom') Gruppen zu einigen, sowie die Kontaktaufnahme des NSCN mit anderen militanten Gruppen zu organisieren. Die Vernehmung zweier Extremisten, die von der Karimganj Polizei in der Nähe von Silchar gefangen genommen wurden, enthüllte, daß verschiedene nord-östliche Guerilla Gruppen nicht nur ihre Lager in Bangladesh unterhalten, sondern, daß sie auch eine besondere Unterweisung in Waffen, Logistik und Dschungelkrieg von der Armee Bangladeshs erhalten.

Die größten Ausbildungslager sind die des NSCN in den Chittagong Hill Tracts. Zur Zeit befinden sich sechs Gruppen zur Ausbildung in den Camps Salopi, Chachung und Bandarban. Diese Camps stehen nach Geheimdienstangaben unter der persönlichen Aufsicht und Kontrolle der beiden Generalmajore Nurul Haque (19. Division) und Barudul Islam (36. Division) der Bangladesh Rifles, und werden auch regelmäßig von Mitarbeitern des pakistanischen Geheimdienstes (Inter-Services Intelligence, ISI) besucht. Nach weiteren Angaben des indischen Geheimdienstes, betreibt die ULFA Camps in den Gegenden von Mymensingh, Jaintapur, Joydebpur, Adampur, Srimangal und Bhanugrah.

Im zivilen Bereich bewirken drastische Veränderungen im Verwaltungs- und Regierungsapparat, die Erfüllung lang gehegter Forderungen sowie die ernstesten Anstrengungen Delhis, die wirtschaftliche Situation zu verbessern, eine langsame Eingliederung des Nordosten. Die Bildung eines einheitlichen militärischen Oberkommandos unter Führung einer der Sicherheitskräfte würde sicherlich dazu beitragen, gemeinsame Aktionen besser zu koordinieren.

Nach Expertenmeinung besteht ein großes Problem darin, daß in den Unionsstaaten verschiedene paramilitärische Truppen und die Armee gegeneinander arbeiten. Sie bemängeln, daß diese Gruppen ihre Operationen untereinander nicht koordinieren und auch Informationen nicht weitergeben, was die Arbeit erschwert. Dagegen haben die Guerillagruppen eine viel bessere Handlungsfreiheit. Sie können überall und jederzeit zuschlagen und entkommen. Selbst wenn die Gruppen in einem ihnen unbekanntem

Gebiet operieren, bekommen sie Geleit oder Unterschlupf durch die dort ansässige Guerilla. Untereinander ist es nur sehr selten zu Kämpfen gekommen.

Da die rechtliche Zuständigkeit der paramilitärischen Truppen an der Grenze ihres Bundesstaates endet, gab es schon einige Fälle, bei denen sich die Polizeitruppen zweier Bundesstaaten mehr über ihre Zuständigkeiten stritten, als gemeinsam gegen die Guerillakämpfer vorzugehen. Wegen interner Auseinandersetzungen zwischen den Assam Rifles und den Manipur Rifles konnten schon mehrmals Aktivisten des NSCN entkommen.

Die Medien haben in der Vergangenheit mehrfach die Vorgehensweise der Sicherheitskräfte angeprangert, speziell die der Assam Rifles. Ihre Führungsoffiziere bestätigen privat zwar, daß es einige schlimme Fälle von Exzessen gegeben hat. Im selben Atemzug aber beschuldigen sie die Medien, daß sie größtenteils gegen sie seien und nur die negativen Aspekte der Operationen und Aktionen dargestellt

ten. "Die Medien können sich gar nicht vorstellen, unter welchen Umständen wir operieren und kämpfen müssen. Bis jetzt werden wir von den Medien als Bösewichte dargestellt", bemängelt ein Bataillonskommandant. Eine solche einseitige Berichterstattung wirkt als Dämpfer auf die Moral der Sicherheitskräfte.

Wahlen in Maghalaya und Nagaland

Die indische Wahlkommission hat für den 15. Februar Landesparlamentwahlen in den östlichen Bundesstaaten Meghalaya, Nagaland und Tripura in Aussicht gestellt. Mit der Ankündigung von Wahlen in Nagaland reagierte die Wahlkommission auf die Ankündigung der Zentralregierung, die dortige 'president's rule' aufzuheben. Gleichzeitig wurden Nachwahlen für freigewordene Parlamentssitze in den Bundesstaaten Himachal Pradesh, Madhya Pradesh, Rajasthan und Uttar Pradesh abgesagt, da die dortigen Landesparlamente infolge der Ereignisse in Ayodhya aufgelöst worden sind.

UM BRÜCHE

Nr.5
Januar-März '93

*Süd-Ost-West-Zeitschrift
gegen Alte und Neue Weltordnungen*

Eine OstWest - Ko-Produktion des BAOBAB-Infoladen
Eine Welt (Ost-Berlin) und des Infoladen "Dritte Welt"
Neukölln (West-Berlin) - erscheint vierteljährlich

Nr.5 Januar-März '93:

»Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine«

Geteilte Linke im vereinigten Deutschland

- Ost / West:** »Die Zeit ist nicht reif für ein neues linkes Projekt«
Gespräch mit Jutta Braband und Thomas Klein
Die »Wessis« und die Ost-Opinion
Frauen in Ost- und Westdeutschland
- Rassismus** ...und was dagegen getan werden muß
- In Deutschland:** Die Deutschen und die MitläuferInnen!
- El Salvador:** Die Linke in der Übergangsperiode
- Südafrika:** Wandel durch Annäherung???
- 3. Welt Handel:** Weltläden aller (neuen) Länder, vereinigt euch!
Ein neues Lebensgefühl: »Transfair« genießen!

Einzelpreis: DM 2.50 (68 Seiten)
Jahresabo: DM 15.- (incl. Porto)
WiederverkäuferInnen erhalten 20% Rabatt

Bezug: Infoladen "3. Welt" BAOBAB-Infoladen Eine Welt
Thomasstr. 11-13 ehem. Dritte Welt Zentrum
W-1000 Berlin 44 Winsstraße 53, O-1055 Berlin
T+Fax: 030 - 6811948 Tel+Fax: (030) 4269451